

KARIN EVERS-MEYER



FÜR FRIESLAND, WITTMUND, WILHELMSHAVEN IM BUNDESTAG

Newsletter
Januar 2016



Terminausblick

- 15. Februar
Pressegespräch zum Thema Inklusion
Berlin
- 16. Februar
Parlamentarischer Abend Luft- und
Raumfahrt
Berlin
- 18. Februar
Gespräch mit dem Niedersächsischen
Hebammenverband
Berlin
- 22. Februar
Treffen mit Bremens Bürgermeister
Carsten Sieling
Berlin

Liebe Leserin, lieber Leser,

ich wünsche euch ein frohes neues Jahr und hoffe, Sie hatten ein paar schöne Feiertage im Kreise Ihrer Lieben. Für mich ging es offiziell wieder los am 11. Januar – mit der ersten Sitzungswoche des Bundestages im neuen Jahr. Natürlich ging es gleich zu Beginn wieder um das Thema Flüchtlinge. Und natürlich haben die Ereignisse in Köln auch die Diskussionen in Berlin weiter angeheizt. Es gab Streit, Sorgen, mitunter auch Hysterie. Ich bin froh, dass sich diejenigen, die aktiv und pragmatisch etwas zur Lösung der Probleme beitragen wollen, am Ende durchgesetzt haben. Regierung und Parlament arbeiten mit einem weiteren Asylpaket an der Verbesserung der Situation. Abseits der Flüchtlingspolitik wurde der neue Jahreswirtschaftsbericht vorgestellt. Das Wachstum entwickelt sich 2016 weiter solide und auch die Lage auf dem Arbeitsmarkt bleibt positiv. Im vergangenen Jahr fiel die Arbeitslosigkeit auf den niedrigsten Stand seit 25 Jahren. Das hilft uns, denn jetzt ist es höchste Zeit, unsere Forderungen umzusetzen: Ein Integrationsplan für Deutschland und Investitionen von denen wir alle profitieren: Bildung, Arbeit, Wohnen, öffentliche Sicherheit und Infrastruktur. Mit 80.000 zusätzlichen Kitaplätzen und guter Ganztagsbetreuung wollen wir etwas nach vorn bringen. Wir fordern weiterhin 12.000 neue Stellen für die Polizei von Bund und Länder. Ich bleibe überzeugt: Ein friedliches Zusammenleben gelingt mit den richtigen Rahmenbedingungen und dem konsequenten Einsatz für ein gemeinsames Verständnis von Grundwerten und Regeln.

Es grüßt euch herzlich

A handwritten signature in blue ink, which appears to read 'Karin Evers-Meyer'.



„Großer Bahnhof“ anlässlich der feierlichen Einweihung des neuen 3-D-Druckverfahrens bei der Firma Premium Aerotec in Varel

Hightech in Friesland

Feierliche Einweihung eines neuen 3-D-Druckverfahrens bei Premium Aerotec in Friesland



Karin Evers-Meyer und Staatssekretärin Brigitte Zypries lassen sich die neue 3D-Drucktechnik erklären

Bei der Firma Aerotec in Varel wird Industriegeschichte geschrieben. Zur feierlichen Einweihung eines 3-D-Druckverfahrens waren auch die Parlamentarische Staatssekretärin im Wirtschaftsministerium Brigitte Zypries und Karin Evers-Meyer gekommen. Die beiden

Politikerinnen waren nach eigenen Worten begeistert „von dem was hier möglich ist“.

Der Luftfahrtzulieferer Aerotec in Varel setzt für AIRBUS als erster Hersteller 3D-Drucker in der Flugzeugteileproduktion ein. Bei der Produktion von Plastikteilen ist das Verfahren schon länger bekannt. Bei der Fertigung von Metallteilen (Titan) ist das Verfahren hingegen neu.

Die Airbus-Tochter Premium Aerotec hat im Januar drei dieser Drucker in einer neuen Halle in Varel in Betrieb genommen. Dabei werde schichtweise in die Drucker Titanpulver eingeblasen, das ein Laser schmilzt und dann in der gewünschten Form zusammensetzt. Evers-Meyer: „Da steht ein großer grauer Kasten mit viel Technik darin und durch die Schutzscheibe sieht man, wie Titanpulver in dünnen Schichten aufeinander gebracht wird und mit einem Laser entsteht dann ein 3D-Gebilde. Das menschliche Auge kann das kaum richtig begreifen.“

Mit der neuen Produktionsmethode soll Zeit und Geld gespart werden – aber nicht etwa Arbeitsplätze, wie das Unternehmen

versicherte. Im Gegenteil: Es besteht die berechnete Hoffnung, dass zusätzliche Arbeitsplätze entstehen. Die Ingenieure von Premium Aerotec sprechen von einer "revolutionären Entwicklung für den Flugzeugbau". 2018 will Airbus einen kompletten Flugzeugspoiler von 1,80 Meter Länge im 3D-Drucker entstehen lassen.

Erfolgreich abgeschlossen

Freisprechungsfeier für 10 Auszubildende der Ausbildungswerkstatt der taktischen Luftwaffengruppe Wittmund

Feierlich gratulierte Karin Evers-Meyer Mitte Januar den 10 Auszubildenden der Ausbildungswerkstatt der Taktische Luftwaffengruppe "Richthofen", die ihre Ausbildung zum „Elektroniker für Geräte und Systeme“ erfolgreich abgeschlossen haben. „Sie kommen heute ihren Träumen ein großes Stück näher. Mögen Sie diese Zeit hier in guter Erinnerung behalten und möge der gute Geist von Wittmund Sie auch auf Ihrem weiteren Berufsweg begleiten.“ Das gab die Abgeordnete dem Nachwuchs auf den Weg.



Karin Evers-Meyer bei der Freisprechungsfeier für Auszubildende der Ausbildungswerkstatt der Bundeswehr in Wittmund

Insgesamt 5 der Absolventen werden auch nach ihrer Ausbildung bei der Bundeswehr

bleiben. Die Abgeordnete wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Bundeswehr sich immer mehr zu einem wirklich attraktiven und modernen Arbeitgeber auch gerade im zivilen Bereich entwickelt. Das gelte gerade auch beim Umgang mit sensiblen Themen wie Teilzeitarbeit, Standortsicherheit, Kita-Plätzen. „Da bewegt sich etwas“, so Evers-Meyer. Den Teil der Azubis, die nicht bei der Bundeswehr bleiben, wies die Abgeordnete auf die Möglichkeit hin, die neuen Fördermöglichkeiten durch BAföG und Meister-BAföG in Anspruch zu nehmen. „Machen Sie etwas daraus. Diese Angebote sind auch für Sie da!“

Schließlich dankte Evers-Meyer dem Leiter der Ausbildungswerkstatt Herrn Hamann und seinem Team. Die Entscheidung, Wittmund wieder zum vollwertigen Geschwader aufwachsen zu lassen, sei auch eine Anerkennung für die gute Arbeit in Sachen Ausbildung.

In der Ausbildungswerkstatt der Bundeswehr in Wittmund haben in den zurückliegenden 38 Jahren insgesamt 863 junge Menschen erfolgreich eine Ausbildung absolviert. Ab dem 1. Juni 2016 wird die Werkstatt Teil des dann wieder zum Geschwader aufgewachsenen Jagdgeschwaders 71 Richthofen sein.

Bundesfernstraßen

Im Gespräch mit dem Leiter der Straßenbauverwaltung Aurich-Wittmund

Um eine mögliche Reform der Auftragsverwaltung für die Fernstraßen des Bundes (Autobahnen, Bundesstraßen etc.) ging es in einem Gespräch mit dem Leiter der Straßenbaubehörde in Aurich-Wittmund Frank Buchholz. Im Mittelpunkt der Diskussion steht dabei vor allem die Errichtung einer zentralen Infrastrukturgesellschaft des Bundes.



Karin Evers-Meyer und Holger Heymann (MdL) im Gespräch mit Frank Buchholz und Olaf Wagner von der Straßenbauverwaltung Aurich-Wittmund

Nach Ansicht von vielen Experten wäre eine solche Stelle auf Bundesebene wichtig, um die Investitionsstrategie des Bundes im Bereich Bundesfernstraßen weiter voranzutreiben. Mit anderen Worten: Neben der Bereitstellung von Geld soll es künftig eine Stelle geben, die klare Prioritäten setzt und eine effiziente Organisation von Planung, Bau und Erhalt sicherstellt.

Derzeit ist die Finanzierung und Umsetzung von Infrastrukturmaßnahmen im Bereich der Bundesfernstraßen aufgrund föderaler Strukturen und unterschiedlicher Leistungsfähigkeit der Auftragsverwaltungen in den sechzehn Bundesländern ein eher unübersichtliches Feld. Immer wieder kommt es dazu, dass nicht die aus Bundessicht für das Gesamtnetz relevantesten Projekte zuerst umgesetzt werden, sondern diejenigen, deren Planung in den Landesverwaltungen am weitesten vorangeschritten ist. Erschwerend kommt hinzu, dass der Bund kein umfassendes Informations- und Kontrollsystem im Bundesfernstraßenbau besitzt, das es ihm ermöglichte, die aktuellen Planungs-, Kosten- und Entwicklungsstände zu kontrollieren und auf sie einzuwirken.

Aus Sicht der SPD ist die Einrichtung einer zentralen Infrastruktugesellschaft auf Bundesebene daher eine mögliche Option. Allerdings lehnt die SPD eine Privatisierung der Bundesfernstraßen in diesem Zusammenhang ab. Die Gesellschaft müsste zu 100 Prozent im Bundeseigentum stehen. „Die Privatisierung öffentlichen Eigentums und Übertragung von Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge an private Geldgeber werden wir nicht mittragen“, so Evers-Meyer. Die Abgeordnete weiter: „Und natürlich werden wir diese Debatte nicht auf dem Rücken der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in den Straßenbauverwaltungen der Länder führen. Mit uns kann es nur so laufen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch in einer neuen Struktur ihre Arbeitsplätze behalten, die zwischen den Tarifpartnern ausgehandelten Standards gesichert und die teilweise von schwarz-gelben Landesregierungen vorangetriebene radikale Reduzierung des Personals der letzten Jahre in den Landesverwaltungen beendet wird. Im Übrigen wollen wir keine zentralistische Superbehörde sondern dezentrale Strukturen in der Fläche beibehalten.“

Die politischen und rechtlichen Hürden einer Organisationsreform seien allerdings aufgrund der dafür voraussichtlich notwendigen Änderung des Grundgesetzes sehr hoch. Evers-Meyer: „Deshalb geht es jetzt darum, im offenen Dialog einen möglichst breiten Konsens bei Bund und Ländern aber auch bei den Beschäftigten zu erzielen.“

Asylrechtspaket II

Bund und Ländern einigen sich auf weitere Maßnahmen

Auch wenn der Zuzug von Flüchtlingen langsam zurückgeht sind weitere Reformen im Umgang mit Schutzsuchenden dringend

notwendig. Bundes- und Landesregierungen haben sich daher Ende Januar auf eine weiteres Gesetzespaket zur Verbesserung der Flüchtlingssituation verständigt. Folgende Beschlüsse wurden gefasst:

1. Für diejenigen, die ein Bleiberecht haben, wird es ein abgestimmtes Integrationskonzept geben. Besonderes Augenmerk wird dieses Konzept auf die Bereiche Sprachförderung, Integrationskurse, Bildung, Ausbildung, Studium und Arbeitsmarkt sowie Wohnungsbau legen. Das Konzept soll bis Ende März 2016 vorliegen.

3. Der großen Zahl von Menschen aus anderen Kulturen und Rechtssystemen soll mit einem noch deutlicheren Eintreten für die Werte und Normen unseres Rechtsstaates begegnet werden. Der Staat soll unter allen Umständen Garant für die öffentliche Sicherheit in unserem Land bleiben. Sicherheitslücken werden nicht akzeptiert.

2. Wer keinen Schutzbedarf geltend machen kann, muss das Land so zügig wie möglich verlassen. Dafür bauen alle staatlichen Ebenen ihre administrativen und personellen Kapazitäten aus. Für den Fall, dass Ausreisepflichten nicht freiwillig erfüllt werden, wird entschlossen von gesetzlich eröffneten Handlungsmöglichkeiten im Bereich der Abschiebung Gebrauch gemacht. Hierbei wird auf die Arbeit der Bund-Länder-Koordinierungsstelle „Integriertes Rückkehrmanagement“, die Bund-Länder-AG Rückführung und die Organisationseinheit Passersatzbeschaffung beim Bundespolizeipräsidium aufgebaut.

Kurz notiert

Seit über 10 Jahren gibt es jetzt die Aktion und den **Red Hand Day**, den internationalen Gedenktag an das Schicksal von Kindersoldaten.



Flagge Zeigen: Evers-Meyer mit ihrem Handabdruck beim Red Hand Day in Berlin

Auch die SPD-Bundestagsfraktion setzte Anfang Januar ein Zeichen und sammelt kräftig Handabdrücke. Mehr Infos unter: www.red-handday.org/



Karin Evers-Meyer bei der Eröffnung des Radwegs zwischen Rispel und Wiesedermeer

Endlich: Der Radweg entlang der Landesstraße 12 zwischen Rispel bis kurz vor Wiesedermeer wurde im Januar seiner Bestimmung übergeben. Das Land Niedersachsen investierte 1,1 Millionen Euro in den Bau, der nur sechs Monate gedauert hatte. Dafür aber war

die Phase, in der die Anwohner auf den Radweg gewartet und immer wieder die Wichtigkeit unterstrichen hatten, lang – erste Forderungen nach dem Radweg gab es vor 15 Jahren. Schwerpunktthema beim **Neujahrsempfang der SPD in Zetel** war das Thema Flüchtlinge. Auf dem Podium namen Platz Wirtschaftsminister Olaf Lies, Landrat Sven Ambrosy, Bürgermeister Heiner Lauxtermann und Karin Evers-Meyer.



Podiumsdiskussion beim Neujahrsempfang der SPD in Zetel

Und ebenfalls um die Flüchtlingspolitik ging es bei einem **Informationsgespräch der SPD-Politiker Karin Evers-Meyer und Holger Heymann mit Wittmunds Landrat Matthias Köring.**



Karin Evers-Meyer und Holger Heymann (MdL) zu Gast bei Wittmunds Landrat Matthias Köring

Zu dem Gespräch hatte der Landrat die beiden Politiker eingeladen. Und Last but not least: Gleich zu Beginn des Jahres traf sich der offizielle **Bundestags-Fanclub von Werder Bremen** im Reichstag in Berlin.



Karin Evers-Meyer mit ihren Abgeordnetenkolleginnen und -kollegen vom Bundestagsfanclub Werder-Bremen

Nach den Spielen stehen die Zeichen ja wieder auf GRÜN!

Aktueller Tipp:

Bei allen Fragen rund um das Thema Pflege erreichen sie das „**Pflegetelefon**“ unter der Nummer 030 / 20179131 von Montag bis Donnerstag zwischen 9 und 18 Uhr zu erreichen. Die Beratung erfolgt vertraulich und anonym.

Kontakt zu Karin Evers-Meyer

Büro im Deutschen Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: (030) 227 777 85
Fax: (030) 227 767 85
Mail: karin.evers-meyer@bundestag.de

Wahlkreisbüro Jever

St. - Annen - Straße 2
26441 Jever

Tel: (04461) 748 52 - 0
Fax: (04461) 748 522 - 9
Mail: karin.evers-meyer.wk@bundestag.de

Wahlkreisbüro Wittmund

Kirchstraße 7
26409 Wittmund

Tel.: 04462 - 1750
Fax: 04462 - 921 763

Mail: karin.evers-meyer,wk@bundestag.de

SPD-Geschäftsstelle Wilhelmshaven

Rathausplatz 14
26382 Wilhelmshaven

Tel: (04421) 779 1910
Fax: (04461) 7485229